

FORUM MENSCHENRECHTE



Netzwerk deutscher Menschenrechtsorganisationen

Jahresbericht 2012



INHALT

Verzeichnis der wichtigsten Abkürzungen	- 3 -
Zielsetzung und Arbeitsweise.....	- 4 -
Bilanzierender Rückblick auf 2012	- 6 -
Aktivitäten 2012 im Überblick.....	- 9 -
Publikationen.....	- 9 -
Stellungnahmen	- 9 -
Pressemitteilungen.....	- 9 -
Berichte von der Arbeit des UN-Menschenrechtsrates	- 10 -
Veranstaltungen.....	- 10 -
Konferenzen	- 10 -
Interne Veranstaltungen	- 10 -
Arbeitsgruppen.....	- 11 -
AG Antirassismus	- 11 -
AG Außen/MRR.....	- 12 -
AG Entwicklung/Wirtschaft.....	- 13 -
AG Frauenrechte.....	- 13 -
AG Innen.....	- 14 -
AG Kinderrechte	- 15 -
AG MR-Bildung.....	- 15 -
AG Religionsfreiheit	- 16 -
Weiterarbeit in 2013	- 16 -
Anhang: Mitgliedsorganisationen 2012.....	- 17 -

VERZEICHNIS DER WICHTIGSTEN ABKÜRZUNGEN

BRK	Behindertenrechtskonvention (UN-Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen)
CAT	Convention Against Torture and Other, Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment bzw. Committee Against Torture (UN-Antifolterkonvention bzw. UN-Fachausschuss gegen Folter)
CEDAW	Convention on the Elimination of all Forms of Discrimination against Women (Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau)
CERD	Convention on the Elimination of All Forms of Racial Discrimination – (Übereinkommen zur Beseitigung von rassistischer Diskriminierung)
CPT	European Convention for the Prevention of Torture and Inhuman and Degrading Treatment or Punishment bzw. European Committee for the Prevention of Torture... (Europäische Anti-Folter-Konvention bzw. Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter – beim Europarat angesiedelt)
ECRI	European Commission Against Racism and Intolerance (Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz – beim Europarat angesiedelt)
ICC/ IStGH	International Criminal Court/ Internationaler Strafgerichtshof
Ko-Kreis	Koordinierungskreis FORUM MENSCHENRECHTE
MRR	Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen
OECD	Organisation for economic cooperation and development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OHCHR	Office of the High Commissioner for Human Rights (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)
Resettlement	Dauerhafte Neuansiedlung besonders verletzlicher Flüchtlinge in einem zur Aufnahme bereiten Staat (UNHCR-Programm)
UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organisation (Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur)
UNHCR	United Nations High Commissioner for Refugees (Hohes Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen)
UPR	Universal Periodic Review (regelmäßige Überprüfung der Menschenrechtssituation in den Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen durch den UN-Menschenrechtsrat)
WSK-Rechte	Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte

ZIELSETZUNG UND ARBEITSWEISE

Das FORUM MENSCHENRECHTE (FMR) hat sich am 12.01.1994 anlässlich der Wiener Menschenrechtskonferenz 1993 und auf Initiative der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGNV) als Zusammenschluss von bundesweit bzw. überregional arbeitenden Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Institutionen und kirchlichen Werken des Menschenrechtsbereichs in Deutschland konstituiert. Das FMR setzt sich für einen verbesserten, umfassenden Menschenrechtsschutz weltweit, in einzelnen Weltregionen, Ländern und in der Bundesrepublik Deutschland ein.

Das FMR dient u.a.

- der kritischen Begleitung der Menschenrechtspolitik der Bundesregierung und des Deutschen Bundestages auf nationaler und internationaler Ebene sowie der Arbeit deutscher ExpertInnen in internationalen Menschenrechtsinstrumenten;
- der Durchführung gemeinsamer Vorhaben zur Verbesserung des Menschenrechtsschutzes in unserem Land und durch unser Land;
- der Unterstützung der Bewusstseinsbildung in Deutschland über Universalität und Komplexität der Menschenrechte.

Durch gemeinsame Lobbyaktivitäten, Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zu den durch die festen Arbeitsgruppen bearbeiteten Themen sollen diese Ziele erreicht werden. Für aktuelle Themenschwerpunkte werden bei Bedarf zeitlich begrenzte Arbeitsgruppen - sogenannte ad hoc-AGs - eingerichtet.

Auf regelmäßig stattfindenden Plenumssitzungen werden grundlegende Entscheidungen über die Arbeit des FMR getroffen. Ein für zwei Jahre gewählter Koordinierungskreis bereitet die Sitzungen vor und nach, sorgt für den Informationsfluss zwischen Plenum, Arbeitsgruppen und Geschäftsstelle und ist für die Außenwirkung des FMR verantwortlich.

Im **Koordinierungskreis** waren 2012 folgende Mitgliedsorganisationen vertreten durch:

- Amnesty International: **Dr. Silke Voß-Kyeck**,
- Brot für die Welt: **Dr. Julia Duchrow**,
- Deutscher Frauenrat: **Henny Engels**,
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen: **Dr. Beate Wagner**,
- Deutsche Kommission Justitia et Pax: **Dr. Daniel Legutke**,
- Humanistische Union: **Sven Lüders**,
- PRO ASYL: **Günter Burkhardt**,
- Vereinte Evangelische Mission: **Dr. Jochen Motte**.

Den Vorstand des FMR e.V. bilden **Henny Engels**, **Sven Lüders** und **Dr. Jochen Motte**.

Das FORUM MENSCHENRECHTE verfügt über eine Geschäftsstelle in Berlin (2012 geführt von **Beate Ziegler**). Zur Information der Forumsmitglieder über Aktivitäten von und Informationen aus den Mitgliedsorganisationen verschickt diese einen wöchentlichen Newsletter (Forumswoche).

Es entsendet einen Beobachter zum UN-Menschenrechtsrat nach Genf. 2012 wurde diese Aufgabe von **Dr. Theodor Rathgeber** wahrgenommen.

Es stellt drei stimmberechtigte Mitglieder im Kuratorium des Deutschen Instituts für Menschenrechte. 2012 waren das **Wolfgang Grenz** (Amnesty International), **Ute Hausmann** (FIAN Deutschland) und **Dr. Rainer Huhle** (Nürnberger Menschenrechtszentrum).

Im Jahr 2012 zählte das FORUM MENSCHENRECHTE insgesamt 48 Mitgliedsorganisationen (+ zwei Gäste) (vgl. Liste der Mitgliedsorganisationen im Anhang).

BILANZIERENDER RÜCKBLICK AUF 2012



Foto Kindernothilfe

Das FORUM MENSCHENRECHTE trauert um die langjährige Sprecherin der Arbeitsgruppe Kinderrechte, Barbara Dünnweller, die im November 2012 einer schweren Erkrankung erlag.

Diskussion um das Selbstverständnis des Forums

Nachdem auf der Klausur des Forums Menschenrechte im Januar 2012 eine breite Diskussion über das Selbstverständnis des Forums, insbesondere im Hinblick auf seine Struktur geführt worden war, hat der Ko-Kreis sich ausführlich mit den dort angesprochenen Fragen beschäftigt und dem Plenum auf seiner Sitzung vom 23.5.2012 einen Diskussionsvorschlag unterbreitet. Im Ergebnis wurde durch das Plenum beschlossen, dass an der Struktur des Forums und den Statuten keine Änderungen notwendig sind. Es besteht u.a. ein breites Verständnis darüber, dass das Forum ein Bündnis in Vielfalt ist und keine auf Aktionen ausgerichtete, lose Plattform. Zur Verbesserung der Sichtbarkeit des Forums und seiner Forderungen in der Öffentlichkeit wurde festgehalten, dass die Zuspitzung von Forderungen, beispielsweise bei der kommenden Bundestagswahl, notwendig sei. Zwecks Verbesserung der Kommunikation zwischen Ko-Kreis und Arbeitsgemeinschaften des Forums wurde eine gemeinsame Sitzung des Ko-Kreises mit den AG-SprecherInnen durchgeführt. Erinnert wird in diesem Zusammenhang daran, dass alle AG-SprecherInnen zu allen Ko-Kreis-Sitzungen eingeladen sind.

Ausschluss einer Mitgliedsorganisation

Leider musste das Forum erstmalig eine Mitgliedsorganisation ausschließen. Nach einer ausführlichen Debatte bei der Klausur des Forum Menschenrechte 2012, in der die GBM (Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.) vergeblich aufgefordert worden war, sich öffentlich von Äußerungen zum Mauerbau zu distanzieren, hat das Forum Menschenrechte in der Plenumsitzung vom 23. Mai 2012 beschlossen, die GBM auszuschließen.

Europaratsübereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels

Anlässlich eines öffentlichen Fachgesprächs des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 19.3.2012 hat das Forum Menschenrechte auf Initiative der AG Frauenrechte eine Stellungnahme zur Umsetzung des Europaratsübereinkommen zur Bekämpfung von Menschenhandel veröffentlicht. Das Forum fordert darin, dass Opfern von Menschenhandel unabhängig von ihrer Kooperationsbereitschaft im Strafverfahren ein Aufenthaltsrecht erteilt werden muss. Die gesetzliche Regelung sieht bislang vor, dass die Betroffenen sich sowohl persönlich im Strafverfahren erklären als auch ihre Mitwirkung durch die Strafverfolgungsbehörden als notwendig erachtet wird. Darüber hinaus soll ein Zeugnisverweigerungsrecht für Mitarbeitende der spezialisierten Fachberatungsstellen für Betroffene von Menschenhandeln gesetzlich verankert werden.

Rassismus als strafverschärfendes Motiv

Auf Initiative der AG Antirassismus veröffentlichte das Forum im September eine Stellungnahme zur Unterstützung der Bundesratsinitiative zur Präzisierung von Artikel 46,2 Strafgesetzbuch und bekräftigte darin gleichzeitig seine Forderung nach einem neu konzipierten Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus.

Besserer Schutz der Opfer von Zwangsheirat

Im Oktober hat sich das Forum Menschenrechte an die Beauftragte der Bundesregierung für Integration und Migration, Prof. Dr. Maria Böhmer, gewandt, um mit ihr über Veränderungen des sog. Zwangsverheiratungsgesetzes ins Gespräch zu kommen. Das Forum kritisiert die Erhöhung der Mindestehebestandszeit von zwei auf drei Jahre in § 31 Abs. 1 AufenthG und fordert ein eigenständiges Aufenthaltsrecht ab dem Zeitpunkt der Heirat. Außerdem fordert das Forum, dass eine Betroffene Person, die „besonderen Härte“, in der sie sich befindet, lediglich mit einer Versicherung an Eides statt belegen muss. Auch wurde hervorgehoben, dass die strafrechtlichen Verfolgungsmöglichkeiten Lücken aufweisen, die es zu schließen gelte. Ein Gespräch mit der Beauftragten ist in konkreter Planung. Das Thema wurde von den AGs Frauenrechte und Innen bearbeitet.

Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2012 – 2014

Anlässlich der Veröffentlichung des Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung 2012 – 2014 im Oktober 2012 hat das Forum Menschenrechte eine Pressemitteilung veröffentlicht, in der die Enttäuschung über den Aktionsplan Menschenrechte 2012 – 2014 zum Ausdruck gebracht wurde. Schon in einem Gespräch mit dem Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung im Mai – das von der Bundesregierung fälschlicherweise öffentlich als „Konsultation“ bezeichnet worden war -, hatte das Forum zu einem ersten Entwurf des Aktionsplanes Bedenken geäußert, die aber bei der Arbeit an der Endfassung nicht berücksichtigt wurden. Kritisiert wurde insbesondere, dass der Aktionsplan weder handlungsorientiert noch konkret ist. Außerdem ist er nicht verbindlich und steht ausdrücklich unter Finanzierungsvorbehalt.

Parallelbericht UPR Deutschland

Das Forum Menschenrechte hat wegen des anstehenden UPR gegenüber Deutschland im April 2013 eine Stellungnahme zur Menschenrechtskonformität der Bundesregierung verfasst. In der Stellungnahme wurde die Bundesregierung insbesondere aufgefordert, das Individualbeschwerdeverfahren zum Sozialpakt zu ratifizieren. Aus den verschiedenen Bereichen, zu denen das Forum Menschenrechte arbeitet, wurden die Forderungen in dem Bericht herausgehoben, bei denen die Bundesregierung die Verpflichtungen, die ihr beispielsweise durch den Sozialausschuss oder den Antifolterausschuss auferlegt wurde, nicht umgesetzt hat.

Bei einer vom Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregierung veranstalteten öffentlichen Anhörung zum Regierungsbericht im Dezember 2012 traten mehrere VertreterInnen verschiedener AGs des Forums als ReferentInnen auf. Auf Einladung des Menschenrechtsausschusses konnten außerdem drei Mitglieder des Ko-Kreis zumindest einigen Mitgliedern des Ausschusses die Forderungen des Forums zum UPR vorstellen.

Broschüre „Schützen statt verfolgen“

Das Forum Menschenrechte hat 2012 eine Broschüre veröffentlicht, die anhand von Länderbeispielen deutlich macht, dass Menschenrechtsverteidigerinnen und –verteidiger in vielen Ländern verfolgt werden, weil sie sich für den Schutz der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte ihrer Gemeinschaften einsetzen. In vielen Fällen werden sie auch von privaten Akteuren verfolgt und der Staat versagt ihnen den ihnen zustehenden Schutz. Die Broschüre formuliert klare Handlungsempfehlungen an relevante nationale und internationale Akteure, um den Schutz der Menschenrechtsverteidiger zu stärken. Die umfassende und anschauliche Broschüre beruht auf der intensiven und langwierigen Arbeit der AG Entwicklung/Wirtschaft.

Planung Wien + 20

Anlässlich des 20. Jubiläums der Weltmensenrechtskonferenz in Wien 1993 hat das Plenum des Forums eine AG zur Vorbereitung einer Menschenrechtskonferenz gegründet, an der sich einige Ko-Kreis Mitglieder beteiligen. Thema der Konferenz am 15. und 16. April in Berlin wird Rassismus, Flüchtlingsschutz, Schutz von wirtschaftlich, sozialen und kulturellen Rechten und Schutz vor sexualisierter Gewalt sein. Die Tagung soll die Errungenschaften für die Entwicklung des Menschenrechtsschutzes durch die Wiener Konferenz darstellen und die aktuellen Herausforderungen für eine Verbesserung des Menschenrechtsschutzes herausarbeiten.

AKTIVITÄTEN 2012 IM ÜBERBLICK

PUBLIKATIONEN

Jahresbericht 2011

http://www.forum-enschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/1207_Jahresbericht_2011.pdf

Broschüre „Schützen statt Verfolgen! Die schwierige Lage von VerteidigerInnen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte“, (deutsch, englisch und spanisch)

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/BroschuereMRV_deutsch-2.pdf

STELLUNGNAHMEN

16.03.2012: **Stellungnahme zur Umsetzung des Europaratsübereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels**

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/120316_Stellungnahme_Europaratskonvention_Menschenhandel.pdf

19.09.2012: **Stellungnahme zur Strafzumessung bei rassistisch motivierten Straftaten**

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/1209_FMR_Stellungnahme_Bundesratsentwurf_zu_46_STGB_koKreis.pdf

02.10.2012: **„Joint NGO-statement“ zur 2. Überprüfung Deutschlands im Rahmen des upr-im April 2013**

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/121002_UPR2013_germany_NGO-submission_FMR.pdf

PRESSEMITTEILUNGEN

16.03.2012 **FORUM MENSCHENRECHTE fordert völkerrechtskonforme gesetzliche Regelung zur Umsetzung des Europaratsübereinkommens zur Bekämpfung des Menschenhandels**

<http://www.forum-menschenrechte.de/1/aktuelles/pressemitteilungen/europaratsbereinkommen-zur-bekaempfung-des-menschenhandels.html>

31.10.2012 **„Weder glaubwürdig noch kohärent“- Zum 10. MR-Bericht mit Aktionsplan Menschenrechte der Bundesregierung**

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/121031_Pressemitteilung_FMR_zum_10_MR-Bericht_der_Bundesregierung.pdf

04.12.2012 **Deutschland vor dem UN-Menschenrechtsrat in Genf**

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/121204PM_Anhoerung_UPR_Deutschland_final.pdf

BERICHTE VON DER ARBEIT DES UN-MENSCHENRECHTSRATES

Bericht über die 19. Sitzung (Feb/März 2012)

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/bericht_HRC19_TR.pdf

Bericht über die 20. Sitzung (Jun/Juli 2012)

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/Bericht_HRC20_TR.pdf

Bericht über die 21. Sitzung (Okt/Nov. 2012)

http://www.forum-menschenrechte.de/cms/upload/PDF/ab_02_2012/Bericht_HRC21_TR.pdf

VERANSTALTUNGEN

Arbeitsgruppen des Forums an nahmen an zahlreichen Fach- sowie an Lobbygesprächen mit PolitikerInnen zu ihren Themen teil oder luden dazu ein (siehe Berichte aus den Arbeitsgruppen).

KONFERENZEN

16./17.10.2012, Internationale Fachkonferenz „The Human Rights Council’s Performance: prospects and challenges“ in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte und der Friedrich-Ebert-Stiftung.

INTERNE VERANSTALTUNGEN

19.-21.01.2012, Jahresklausur, Themenschwerpunkt: Selbstverständnisdiskussion

23.05. 2012, Plenum, Themenschwerpunkt: 10. Menschenrechtsbericht der Bundesregierung mit Aktionsplan Menschenrechte 2012-2014

17.09.2012, Plenum, Themenschwerpunkte: Menschenrechte in der EZ, Rassismus, Vorbereitung upr-Deutschland

ARBEITSGRUPPEN

AG-SprecherInnen 2012

AG Antirassismus:	Johannes Brandstätter, Diakonie Deutschland
AG Außen/MRR:	Dr. Jochen Motte, VEM
AG Entwicklung/Wirtschaft:	Dr. Verena Haan, Amnesty International
AG Frauenrechte:	Sibylle Schreiber, TERRE DES FEMMES
AG Innen:	Günter Burkhardt, PRO ASYL
AG Kinderrechte:	Barbara Dünnweller, Kindernothilfe
AG Menschenrechtsbildung	Peter Amsler, Nationaler Geistiger Rat der Baha'í
AG Religionsfreiheit:	Dr. Daniel Legutke, Deutsche Kommission Justitia et Pax

AG ANTIRASSISMUS

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Deutsche UNESCO-Kommission, Diakonie Deutschland, Pax Christi, Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit; Gäste Vera Egenberger (BUG), Yonas Endrias, Klaus Stoltenberg, DIMR.

Sitzungen im Rahmen der Klausur 2012 am 20. Januar, am 27. März, 17. September (als Telefonkonferenz) und 12. Dezember

Themen und Aktivitäten der AG 2012

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB (und Hate Crimes)

Die AG erarbeitete eine Stellungnahme zum dem Bundestag vorliegenden Gesetzesantrag des Bundesrates zur Strafschärfung rassistischer Beweggründe. Dieser Entwurf wurde mit der AG Innen und dem Ko-Kreis ausführlich diskutiert. Der so veränderte Text wurde im September an den Bundestag sowie an Fachleute übersandt. Rückmeldungen liegen bisher vor von der Linksfraktion sowie von den Zentralräten der Muslime, Juden und Sinti/Roma.

Plenum

Die AG brachte in das Plenum am 18. September 2012 eine Vorlage mit dem Titel „Arbeit gegen Rassismus: eine neue Priorität“ ein. Dort wurde, aufgrund des Memorandums Rassismus des Forums Menschenrechte, ein breiter Ansatz zur Bekämpfung von Rassismus vorgestellt. Dieser reicht von der Schärfung und Anwendung des Strafrechts bis zu einem kritischen gesellschaftlichen Reflexionsprozess und Maßnahmen der Menschenrechtsbildung.

Forum gegen Rassismus

Das Forum gegen Rassismus ist eine seit dem EU-Jahr gegen Rassismus 1997 bestehende Plattform von Regierungsstellen und gesellschaftlichen Organisationen, deren Geschäftsführung beim BMI liegt. Der AG-Sprecher vertrat dort die zivilgesellschaftlichen Positionen zu den Unzulänglichkeiten des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus. Es wurde eine Kleingruppe mit dem Entwurf für eine Grundsatzklärung gegen Rassismus betraut. Ziel ist dabei, zu einem besseren fachlichen Verständnis von rassistischer Diskriminierung im Sprachgebrauch der Bundesregierung (Nationaler Aktions-

plan; Staatenberichterstattung ICERD) zu kommen. Der Sprecher der AG ist Mitglied dieser Kleingruppe und brachte die Anliegen der AG dort ein.

UPR-Beitrag des Forums Menschenrechte

Die AG brachte im Sommer ihre Inputs in den Bericht mit ein.

Planung 2013:

Parallelberichterstattung UN-Antirassismuskonvention

2012 stand turnusgemäß der Staatenbericht Deutschlands zur UN-Antirassismuskonvention (ICERD) an; er wird voraussichtlich Anfang 2013 im Bundeskabinett verabschiedet und Ende 2013 / Mitte 2014 in Genf verhandelt. Das Forum Menschenrechte ist daran interessiert, dass erneut ein Parallelbericht erstellt wird. Im Diakonie Bundesverband soll dazu eine Projektstelle für den Zeitraum 2013 bis 2014 geschaffen werden.

Strafschärfung rassistischer Beweggründe in § 46 StGB: Es steht zu hoffen, dass der Bundestag das Gesetz noch in der laufenden Periode verabschiedet. Ansonsten wird die Thematik nach der Wahl wieder aufgegriffen.

Die Aktivitäten des **Forums gegen Rassismus** sollen weiter begleitet werden.

AG AUßEN/MRR

Aktive Mitglieder:

Amnesty International, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Deutsches Rotes Kreuz, Friedrich Ebert Stiftung, Justitia et Pax, Peace Brigades International, Internationale Gesellschaft für Menschenrechte, Theodor Rathgeber, Vereinte Evangelische Mission.

Ziel der AG war die **Vorbereitung und Begleitung der Sitzungen des MRR** sowie verschiedener universal periodic reviews (UPR) darunter Deutschlands, die Vorbereitung von Gesprächen mit der deutschen Delegation vor und während des MRR, die Beauftragung eines Beobachters des MRR für das Forum Menschenrechte sowie die Begleitung und Auswertung seiner Arbeit.

Wie in den vorangegangenen Jahren hat Dr. Theodor Rathgeber die Beobachtung des MRR, die aktive Lobbyarbeit und Durchführung von „Side Events“ während der Sitzungen des MRR sowie die Koordination der Gesprächskontakte mit der deutschen Delegation und dem Menschenrechtsbeauftragten in Genf für das Forum wahrgenommen. Die schriftlichen Ausarbeitungen finden sich auf der Website des Forums.

Im Zusammenhang mit dem MRR und anderen außenpolitischen Fragen haben Mitglieder der AG im Februar 2012 ein **Gespräch mit dem Leiter und den Mitarbeitenden des Menschenrechtsstabes im Auswärtigen Amt** geführt. Dabei wurden gemeinsame Anliegen des Forum Menschenrechte wie u.a. die anstehende Bewerbung Deutschlands für einen Sitz im UN Menschenrechtsrat, die bevorstehende universal periodic review aber auch eine mögliche Beteiligung des Forums an einer Botschafterkonferenz zum Thema Schutz von MenschenrechtsverteidigerInnen angesprochen. Mitglieder des AG haben darüber hinaus Gespräche geführt mit dem Beauftragten für Menschenrechte der Bundesregierung, Markus Löning, Mitgliedern der Delegation der Bundesregierung beim MRR und dem Deutschen Botschafter bei den Vereinten Nationen in Genf. Die AG war in Kooperation mit dem Ko-Kreis beteiligt an der **Vorbereitung und Durchführung der öffentlichen Anhörung zur universal periodic review Deutschlands am 5. Dezember 2012.**

Die AG hat im vergangenen Jahr dreimal getagt. Mitglieder der AG haben unter Federführung von Theodor Rathgeber in Kooperation mit Britta Utz für die Friedrich Ebert Stiftung und dem Deutschen Institut für Menschenrechte am 16. und 17. Oktober 2012 eine **Fachveranstaltung** in Berlin geplant

und durchgeführt zum Thema „**The Human Rights Council’s Performance: Prospects and Challenges**“.

AG Entwicklung/Wirtschaft

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Brot für die Welt, ECCHR, FES, FIAN, Germanwatch, GMS, Justitia et Pax, LSVD, Kindernothilfe, Misereor, Nürnberger Menschenrechtszentrum, PBI, terre des hommes, Gast urgewald

Aktivitäten in 2012:

Wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte allgemein

Broschüre „Schützen statt verfolgen! Die schwierige Lage von VerteidigerInnen wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Menschenrechte“, erschienen im Oktober auf Deutsch, Englisch und Spanisch

Menschenrechte in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ)

Teilnahme an zwei Konsultationen des DIMR zur Erarbeitung eines Beschwerdeverfahrens für die deutsche EZ (März, September)

Erarbeitung eines Vorschlags des FMR für ein Beschwerdeverfahren für die deutsche EZ sowie begleitende Lobbyarbeit

Teilnahme an einem BMZ Gespräch über die Erarbeitung der menschenrechtlichen Leitlinien des BMZ für die Projektförderung durch giz und KfW (August)

Teilnahme an der BMZ Konferenz „Bilanz: 1 Jahr Menschenrechtskonzept des BMZ. Im Fokus: Menschenrechte und Unternehmensverantwortung“ (Oktober)

Treffen mit der KfW zur Umsetzung von Menschenrechten durch die KfW (Dezember)

Wirtschaft und Menschenrechte

Kooperation mit CorA zur Erarbeitung eines Forderungskatalogs zur Umsetzung der UN Guiding Principles for Business and Human Rights und den Maastricht Principles on Extraterritorial State Obligations

Sonstiges

Beitrag zum UPR zu extraterritorialen Staatenpflichten

3 reguläre Treffen und mehrere Telefonkonferenzen

Stand der Planungen für 2013:

Lobbyarbeit zum Beschwerdeverfahren für die deutsche EZ

Kooperation mit VENRO und Forum U&E: Anforderungen an eine zukunftsfähige Welt: Dialogforum zur Post-2015-Agenda am 30.1.13

Kooperation mit CorA zur Erarbeitung eines Forderungskatalogs zur Umsetzung der UN Guiding Principles for Business and Human Rights und den Maastricht Principles on Extraterritorial State Obligations

AG FRAUENRECHTE

Aktive Mitglieder: Amnesty International, Deutscher Frauenrat, ECCHR, IFFF, KOK, Pax Christi, Pro Familia, TERRE DES FEMMES

Die AG Frauenrechte hatte im Jahr 2012 folgende Schwerpunkte:

Stop the Rape Campaign: Das FMR ist der Kampagne beigetreten. Mit dieser Kampagne sollen internationale Strukturen, Sektionen, Petitionen und Veranstaltungen zum Thema sexuelle Gewalt in be-

waffneten Konflikten geschaffen werden. Ein Panel der geplanten Veranstaltung des FMR zu 20 Jahre Wiener Menschenrechtskonferenz wird zu diesem Thema stattfinden. In diesen Zusammenhang hat sich die AG auch mit dem neuen Aktionsplan der Bundesregierung zu UN-Konvention 1325 beschäftigt.

Aktionsplan Menschenrechte: Der Aktionsplan von der Bundesregierung wurde kritisiert. Die AG hat beschlossen keine Stellungnahme zu erarbeiten, da dies zeitlich zu kurzfristig gewesen wäre. Im Oktober wurde der Menschenrechtsbericht durch die Bundesregierung vorgestellt.

UPR-Verfahren: Das Forum hat sich mit einem Parallelbericht am UPR-Verfahren beteiligt. Die Themen Häusliche Gewalt und Intersexualität wurden für den Bericht von der AG eingereicht und wurden unter dem Punkt „Gender“ aufgenommen. Der KOK hat einen eigenen Bericht zum Thema Frauenhandel eingereicht. Eine Vertreterin der AG bezog bei einer Anhörung dazu im Dezember Stellung.

Lagebericht Frauenhäuser: Die AG kritisierte die mangelnde Sicherstellung der Finanzierung der Frauenhäuser. Der Lagebericht wurde im August veröffentlicht und im Dezember gab es dazu eine Anhörung im Bundestag, zu der mehrere AG Vertreterinnen als Sachverständige geladen waren.

Migrantinnen und ihre Rechte: Es fand ein Treffen mit der Mitarbeiterin der Integrationsbeauftragten des Bundes dazu statt. Es ging vor allem um das Zwangsverheiratungsbekämpfungsgesetz und die Erhöhung der Ehebestandszeit. Zusätzlich hat die AG einen Brief an die Integrationsbeauftragte dazu verfasst. Daraufhin wurde die Einladung zu einem weiteren Treffen durch Frau Dr. Böhmer ausgesprochen. Das Treffen soll im Frühjahr 2013 stattfinden.

Menschenhandel: Im September beschloss der Bundesrat das Gesetz zu dem Übereinkommen des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels. Die AG verfasste dazu im Vorfeld eine kritische Stellungnahme des Forums für das öffentliche Fachgespräch „Europaratsübereinkommen zur Bekämpfung des Menschenhandels“ des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend am 19.03.2012.

Gewalt gegen Frauen mit Behinderung: Das Positionspapier „Frauen und Mädchen mit Behinderung besser vor Gewalt schützen“ verfasst von verschiedenen Verbänden wurde vom Inklusionsbeirat angenommen und an die Frauenrechtskommission der UNO weitergeleitet. Da die UN-Behindertenkonzvention in Deutschland nicht ausreichend umgesetzt ist, wird sich die AG mit dem Thema auch im nächsten Jahr weiter beschäftigen.

Gesetzesentwurf Reform des Sorgerechts nicht miteinander verheirateter Eltern: Die AG hat sich mit dem Thema beschäftigt und die Unterschriftenaktion des Verbands allein erziehender Mütter und Väter e.V. dazu verbreitet. 2013 wird zu dem Gesetzesantrag die zweite und dritte Lesung im Bundestag stattfinden.

Die AG hat regelmäßige Treffen mit dem Bundestagsausschuss für Familien, Senioren, Frauen und Jugend angeregt. Das erste Treffen wird am 28.02.13 stattfinden.

AG INNEN

Aktive Mitglieder:

Amnesty International, BAFF, BAG Asyl in der Kirche, BUMF, Diakonie Deutschland, DRK, EKD, Humanistische Union, iaf, IPPNW, KOK, PRO ASYL, TERRE DES FEMMES.

Die AG Innen hatte im Jahr 2012 folgende Schwerpunkte:

UN-Ausschuss gegen Folter: Die abschließenden Empfehlungen des CAT Ausschusses wurden intensiv bearbeitet und in Lobbyaktivitäten eingebracht.

Hervorzuheben sind folgende Themen:

Untersuchung von medizinischen Abschiebungshindernissen im Umgang mit Traumatisierten

Kennzeichnungspflicht für Polizisten

Inhaftierung und verweigerter Rechtschutz in Dublin-Verfahren

Unbegleitete Minderjährige im Flughafenverfahren

Die Dublin II-Verordnung und die Umsetzung der Grundsatzentscheidung des EUGH: Seitens der AG Innen wird gefordert, § 34 a des AsylverfG zu streichen, da er europarechtswidrig ist.

Resettlement: Gefordert wird eine Ausweitung des Resettlementprogramms.

Bleiberecht für langjährig Geduldete: Eine Analyse der bisherigen Regelungen zeigt, dass sie ungenügend sind. Eine neue wirksame Bleiberechtsregelung wird gefordert.

Menschenhandel: Ein Positionspapier zur Initiative der EU-Kommission zur Beseitigung von Menschenhandel wurde verabredet, aber noch nicht realisiert.

Ehegattennachzug: Eine BAMF-Studie kommt zu dem Ergebnis, dass es keine Hinweise gibt, die die These vom Missbrauch rechtfertigen. Leider gibt es im Moment keine Realisierungschance für Verbesserungen.

Asylbewerberleistungsgesetz: Die AG befasste sich mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 18. Juli 2012 und fordert die Aufhebung des Gesetzes.

Syrische Flüchtlinge an Europas Grenzen: Eine kohärente Politik wird angemahnt. Die Diskrepanz zwischen Äußerungen von Außenpolitikern und Innenpolitikern wird kritisch thematisiert.

Roma und die Diskussion in Deutschland: Die AG setzt sich kritisch damit auseinander, wie in der Öffentlichkeit in Deutschland von führenden Politikern aus der Regierung Roma pauschal Asylmissbrauch unterstellt wird.

Schnellverfahren beim Bundesamt: Die AG tritt für eine sorgfältige Prüfung aller Asylanträge ein. Videoanhörungen im Asylverfahren: Auch dieses Thema wurde an Politiker herangetragen.

UPR-Verfahren: Aus der AG gab es eine Vielzahl von Vorschlägen für die Stellungnahme des Forums Menschenrechte.

Ausblick: In den verschiedenen Lobbygesprächen ist festzustellen, dass viele Entscheidungen seitens der Bundesregierung auf die lange Bank geschoben werden und mit Fortschritten nach der Bundestagswahl (z.B. beim Bleiberecht und Ehegattennachzug) zu rechnen ist.

AG KINDERRECHTE

Die AG hat sich auf die Mitarbeit an der **Kampagne „Jetzt erst Rechte für Flüchtlingskinder“** konzentriert.

Aufgrund des Todes der AG-Sprecherin Barbara Dünnweller liegt für 2012 kein AG-Bericht vor.

AG MR-BILDUNG

Aktive Mitglieder: Aktion Christen gegen die Folter, Amnesty International, Bahá'í, Nationaler Geistiger Rat der, Deutsche UNESCO-Kommission, Gesellschaft für bedrohte Völker, Peace Brigades International.

Aktivitäten:

Die 2011 fertiggestellte **Publikation der AG** in Zusammenarbeit mit der Deutschen UNESCO-Kommission **„Menschenrechte und frühkindliche Bildung in Deutschland. Empfehlungen und Perspektiven“** hat um die Jahreswende 2012/2013 eine **zweite Auflage in Höhe von 25.000 Stück** erhalten. Hintergrund ist ein Lobby-Gespräch der AG Menschenrechtsbildung vom 27. Oktober 2012 mit dem für frühkindliche Bildung verantwortlichen Staatssekretär Dr. Frank Mentrup im baden-württembergischen Kultusministerium in Stuttgart, an dem Dr. Lutz Möller und Peter Amsler teilnahmen. Dr. Mentrup, der nunmehrige Oberbürgermeister Karlsruhes, zeigte eigenes Interesse an

der Implementierung der vor allem aus der UN-Kinderrechtskonvention abgeleiteten Menschenrechte in Einrichtungen und Pläne der frühkindlichen Bildung im Land Baden-Württemberg. Dieses Interesse ermöglichte im Nachgang die zweite, leicht revidierte Auflage, die unter anderem an alle 9.000 Einrichtungen der frühen Bildung im Land verschickt werden soll.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit daraus Interesse an Nachfolgeveranstaltungen seitens der Einrichtungen erwächst. Die AG wird, um entsprechende Anfragen im Jahr 2013 aufgreifen zu können, mit anderen Akteuren zusammenarbeiten müssen. Bereits am 13. Oktober 2012 kam es zu einem Treffen mit der SeKo Menschenrechtsbildung von Amnesty International.

Aus Anlass des Internationalen Tags der Menschenrechte am 10. Dezember 2012 haben die in der AG Menschenrechtsbildung vertretene Deutsche UNESCO-Kommission in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte die deutsche Übersetzung der "Erklärung über Menschenrechtsbildung und -training" veröffentlicht. Diese wurde Ende 2011 von der UN-Generalversammlung in New York nach einem vierjährigen Konsultationsprozess verabschiedet. An der Übersetzung mitgearbeitet haben auch Kolleginnen und Kollegen aus dem Trilateralen Dialog (siehe unten), nämlich vom Zentrum für Menschenrechtsbildung an der Pädagogischen Hochschule Zentralschweiz in Luzern, dem Zentrum polis - Politik Lernen in der Schule in Wien und vom Europäischen Trainings- und Forschungszentrum für Menschenrechte und Demokratie in Graz.

Im August 2012 beteiligte Dr. Lutz Möller im Namen der AG Menschenrechtsbildung an der Erstellung des Schattenberichts des Forums zum **UPR-Verfahren** Deutschlands.

Vom 31. Mai bis 1. Juni 2012 nahmen Sandra Reitz und Peter Amsler für die AG Menschenrechtsbildung an dem alljährlichen „**Trilateralen Dialog zur Menschenrechtsbildung**“, diesmal in Wien, teil. Die Dialog-Runde ist ein Netzwerk von deutschsprachigen Akteuren der Menschenrechtsbildung.

Am 1. Juni wandte sich der AG-Sprecher an den Beauftragten der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, Markus Löning, bezüglich des **Aktionsplans 2012-2014 der Bundesregierung**. Damit nahm er Bezug auf die Begegnung vom 23. Mai 2012 im Haus der Demokratie und Menschenrechte.

AG RELIGIONSFREIHEIT

Keine Aktivitäten in 2012

WEITERARBEIT IN 2013

Anlässlich des 20. Jubiläums des Gründungsimpulses des FORUM MENSCHENRECHTE, der Weltmenschensrechtskonferenz in Wien 1993 plant das FORUMMENSCHENRECHTE in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte für den 15./16. April 2013 eine **Tagung „Die Menschenrechte sind und bleiben unteilbar!“**.

Darüber hinaus bestimmen neben den skizzierten Vorhaben der einzelnen AGs **upr-Deutschland** und die **Bundestagswahl** die Agenda des FORUM MENSCHENRECHTE (Forderungskatalog zur Wahl, Gespräche mit Parteien).

ANHANG: MITGLIEDSORGANISATIONEN 2012

1. ACAT (www.acat-deutschland.de)
2. AGDF/Peace Brigades International (www.pbi-deutschland.de)
3. Amnesty International Deutschland (www.amnesty.de)
4. ATD-Vierte Welt in Deutschland e.V. (www.atd-viertewelt.de),
5. BAFF (Bundesweite AG Psychosozialer Zentren für Flüchtlinge und Folteropfer) (www.baff-zentren.org)
6. BUMF (Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge) (www.b-umf.de)
7. Deutsche Gesellschaft e.V. (www.deutsche-gesellschaft-ev.de)
8. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) (www.dgvn.de),
9. Deutsche Kommission Justitia et Pax (www.dbk.de)
10. Deutsche UNESCO-Kommission (www.unesco.de)
11. Deutscher Frauenrat (www.frauenrat.de),
12. Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) (www.dgb.de)
13. Diakonisches Werk der EKD/Brot für die Welt (www.brot-fuer-die-welt.de),
14. ECCHR (www.ecchr.eu),
15. FIAN-Deutschland e.V. (www.fian.de)
16. Friedrich-Ebert-Stiftung (www.fes.de),
17. Friedrich-Naumann-Stiftung – für die Freiheit (www.freiheit.org),
18. Gemeinschaft für Menschenrechte im Freistaat Sachsen (www.gms-dresden.de),
19. Germanwatch e.V. (www.germanwatch.org),
20. Gesellschaft für bedrohte Völker (www.gfbv.de)
21. Heinrich-Böll-Stiftung (www.boell.de),
22. Humanistische Union vereinigt mit der Gustav-Heinemann-Initiative (www.humanistische-union.de),
23. Human Rights Watch (www.hrw.org),
24. iaf e.V. (Verband binationaler Familien und Partnerschaften (www.verband-binationaler.de),
25. Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit (www.wilpf.de),
26. Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) (www.igfm.de),
27. IPPNW (Deutsche Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs, Ärzte in sozialer Verantwortung e.V.) (www.ippnw.de),
28. ISL e.V. (Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben) (www.isl-ev.de),
29. Kindernothilfe (www.knh.de),
30. KOK (Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.) (www.kok-buero.de),
31. Kommission für Menschenrechte des Richter- und Anwaltsvereins Freiburg (www.freiburger-anwaltverein.de),
32. Konrad-Adenauer-Stiftung (www.kas.de),
33. LSVD – Lesben- und Schwulenverband in Deutschland (www.lsvd.de),
34. medica mondiale (www.medicamondiale.org),
35. Misereor (www.misereor.de),
36. missio Aachen (www.missio-aachen.de),
37. missio München (www.missio.de),
38. Missionszentrale der Franziskaner (www.mzf.org),
39. Nationaler Geistiger Rat der Baha'i e.V. (www.bahai.de),

40. Nürnberger Menschenrechtszentrum (www.menschenrechte.org),
41. Ökumenische Bundesarbeitsgemeinschaft Asyl in der Kirche (www.kirchenasyl.de),
42. Pax Christi (www.paxchristi.de),
43. PRO ASYL (www.proasyl.de),
44. pro familia Bundesverband (www.profamilia.de),
45. Reporter ohne Grenzen (www.reporter-ohne-grenzen.de),
46. TERRE DES FEMMES (www.frauenrechte.de),
47. terre des hommes Deutschland e.V (www.tdh.de),
48. Vereinte Evangelische Mission/ VEM (www.vemission.org),

Gastmitglieder:

49. Deutsches Rotes Kreuz, (www.drk.de),
50. EKD (www.ekd.de).

Herausgeber:

Forum Menschenrechte e.V.
Haus der Demokratie und Menschenrechte
Greifswalder Straße 4
10405 Berlin

Redaktion: Beate Ziegler

Berlin, April 2013